

CDA CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT
DEUTSCHLANDS

CDU-Sozialausschüsse
Kreisverband Hannover-Stadt



CDA

gestaltet die Zukunft

Verantwortlich:
Vorstand der CDA Hannover-Stadt
Walderseestr. 21
30177 Hannover

Vorsitzender: René Arsène Waldmann
www.cda-hannover.de
Email: info@cda-hannover.de
Tel.: 0511/39787-0

1. Auflage

Sozialpolitik
für Hannover

Kommunalwahlprogramm 2011

Themenübersicht

Vorwort

- 1. Kommunalpolitik muss dem Allgemeinwohl dienen**
- 2. Arbeit und Wirtschaft**
- 3. Familienpolitik**
- 4. Kinder- und Jugendpolitik**
- 5. Seniorenpolitik**
- 6. Behindertenpolitik**
- 7. Gesundheitswesen**
- 8. Umwelt und Verkehr**
- 9. Migrantenpolitik**

Schlusswort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

in Ihrer Hand halten Sie das Programm zur Kommunalwahl der CDA (Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft – CDU-Sozialausschüsse).

Die CDA ist eine Vereinigung in der CDU. In ihr sind Menschen aller Altersstufen und aller sozialen Gruppen wie z.B. Arbeitnehmer, Arbeitslose, Studenten und Rentner organisiert.

Unser Leitgedanke ist: „Erst der Mensch, dann der Markt“.

Unsere Wertgrundlagen sind das christliche Menschenbild, die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik mit ihren Werten Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinwohl. Diese Werte bringen wir in die Politik ein.

Das vorliegende Kommunalwahlprogramm gibt Ihnen einen Überblick über unsere Vorstellungen für Hannover.

Da dieses Programm nur einen Ausschnitt unserer politischen Ideen geben kann, sprechen Sie uns bitte bei Fragen an:

CDA Kreisverband Hannover-Stadt
Walderseestr. 21
30177 Hannover
Tel. 0511/39787-0
Email: info@cda-hannover.de
www.cda-hannover.de

Ihre CDA Hannover-Stadt

1. Kommunalpolitik muss dem Allgemeinwohl dienen

Wir wollen ein menschliches Hannover, eine Stadt, in der die Menschen soziales Denken und gerechtes Handeln erfahren können. Unser oberstes Ziel ist es, denen wirksam zu helfen, die der Hilfe bedürfen.

Die Verwaltungen der Stadt und der Region sind für uns Dienstleistungsunternehmen, deren Aufgabe es ist, den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt.

Die Kosten der allgemeinen Daseinsvorsorge wie Strom, Wasser, Müllabfuhr, Gas usw. müssen zu bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden. Privatisierung von entsprechenden Anbietern darf nicht zu Lasten der Bevölkerung erfolgen.

Sozialpolitik hat die doppelte Aufgabe, einerseits die Selbsthilfe zu stärken und andererseits die sozialen Leistungen auf diejenigen zu konzentrieren, die sich aufgrund ihrer Lebensumstände nicht allein helfen können.

Im Mittelpunkt unserer Sozialpolitik steht daher der Mensch mit seinen Bedürfnissen, seinen Vorstellungen, seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Wir wollen die sozialen Hilfen schnell und unmittelbar dem Menschen zukommen lassen.

Wir wollen Politik wohnortnah und bedarfsorientiert gestalten!

2. Arbeit und Wirtschaft

Arbeit und Wirtschaft bedingen sich gegenseitig. Ohne eine gut funktionierende Wirtschaft gibt es keine Arbeit, ohne Arbeitskräfte kann die Wirtschaft nicht funktionieren.

Die Wirtschaftsförderung ist eine wichtige Aufgabe der Politik. Ziel der Wirtschaftsförderung ist die nachhaltige Gestaltung des Wirtschaftsraums und die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen.

Arbeit soll sich lohnen

- Wir fordern einen Mindestlohn.
- Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität und Sozialbetrug müssen konsequent bekämpft werden.
- Wir brauchen wirkungsvolle Aktionen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sowie mehr Beschäftigungsangebote auch für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Um Missverständnissen vorzubeugen: wir wollen keinen „Arbeitsdienst“, sondern ganz bewusst denjenigen, die aus Gründen der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld II empfangen, in ihrem eigenen Interesse durch Heranziehung zu gemeinnütziger und zumutbarer Arbeit die Möglichkeit geben, den Teufelskreis aus Dauerarbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld II zu durchbrechen.

Wir wollen:

- Möglichkeiten schaffen und unterstützen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern,
- die Verbesserung und Ausweitung der Bildungsangebote,
- die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Bildungspolitik stärker aufeinander abstimmen,
- dass die Förderkriterien sich an den tatsächlichen Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeitslebens „vor Ort“ orientieren,
- Hilfen für Dauerarbeitslose wirksam gestalten.

3. Familienpolitik

Die Familie, als kleinste Solidargemeinschaft in unserer Gesellschaft, verdient in unserer modernen Welt große Aufmerksamkeit. Sie ist ein Ort, wo Hilfsbereitschaft und Solidarität zwischen den Menschen und Generationen gelernt und erfahren wird. Familie umfasst Erwachsene, Kinder, Jugendliche und die Großelterngenerationen, die ihr angehören und gibt ihnen ihre Prägung.

In der Familie wird:

- In ihrem Wirkungsbereich wird Befähigung zur Verantwortung erlangt.
- Das Lösen von Konflikten gelernt.
- Die Befähigung zu Toleranz und Kritikfähigkeit erworben.
- Die gegenseitige Hilfsbereitschaft gelebt.
- Das Verständnis der Generationen untereinander sensibilisiert.
- Familie ist letztlich die Institution, in der Wertevorstellungen an die nachwachsende Generation weitergegeben werden, ohne die unser Gemeinwesen auf Dauer nicht existieren kann.

Aus diesem Grunde steht die Familie unter dem Schutz des Grundgesetzes. Trotz dieses Schutzes laufen aber Familien mit Kindern Gefahr, eine Minderheit zu werden. Sie sind in unserer modernen Gesellschaft vermehrten Anforderungen ausgesetzt, denen sie durch alleinige Kraft nicht mehr gewachsen sind. Hierzu gehören:

- Die Familien mit Kindern können heute schwer im Lebensstandard mit den Kinderlosen mithalten, zumal wenn ein Partner wegen der Kinder seine Erwerbstätigkeit aufgegeben hat.
- Die Veränderung in der Geschlechterbeziehung, eine rückständige Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik hat dazu geführt, dass die Wahrnehmung familiärer Aufgaben in Haushalt und Erziehung Schwierigkeiten bereitet.
- Die gestiegenen Anforderungen an Schul- und Berufsausbildung der Kinder haben zugenommen.

- Die starken Außeneinflüsse durch die Massenmedien haben das Familienleben erschwert.
- Immer mehr Ehen mit Kindern werden geschieden, so dass der Anteil der Alleinerzieher zunimmt.

Die CDA und deren Kandidatinnen und Kandidaten, sei es für den Bezirksrat, Rat oder Region, sehen sich verpflichtet, den Familien mit Kindern und die Alleinerziehenden in ihrer besonderen Situation zu unterstützen. Für uns ist Familienpolitik seit je her ein Kernstück christdemokratischer Politik. Wir wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass junge Menschen bereit sind Familien zu gründen und sich für Kinder entscheiden.

Unsere familienpolitischen Initiativen sind:

- Unterstützung von Familien mit Kindern
- Unterstützung der privaten Familienverbände.
- Schaffung ausreichender Beratungsstellen für Ratsuchende in Familienangelegenheiten.
- Bereitstellung von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen (Schaffung von Kinderbetreuungscentren)
- Unterstützung privater Betreuungsinitiativen
- Verhandlungen mit privaten Unternehmen zwecks Kinderbetreuungseinrichtungen in eigener Regie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gleiches gilt auch für die Kommunalverwaltungen.
- Bereitstellung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen
- Bau von familiengerechten Wohnungen.

4. Kinder- und Jugendpolitik

Die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie brauchen besonderen Schutz und Förderung. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind der heutigen Lebenssituation von Familien anzupassen. Die Gesellschaft muss hierfür ihren Beitrag leisten.

Vorschulzeit

- Der Besuch von Kindertagesstätten soll kostenlos angeboten werden
- Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen im Zusammenwirken von Stadt Hannover, freien Trägern, Elterninitiativen und Betrieben
- Anpassung der Öffnungszeiten von Krippen und Kindertagesstätten an den tatsächlichen Bedarf (24-Stunden-Angebot)
- Sprachförderung für Kinder bereits im Vorschulalter

Schulzeit

- Ausstattung der Schulen mit modernen Kommunikationsmitteln
- Öffnung von Schulhöfen und Schulraum für die Kinder- und Jugendarbeit
- Weiterentwicklung der Kinderhorte zu verlässlichen, den beruflichen Zwängen und Notwendigkeiten der Eltern angepassten Einrichtungen (auch Betreuung während der Ferienzeiten)
- Ausbau des Angebotes an Hortplätzen
- Förderung von Ferien- und Freizeitveranstaltungen
- Angebote von Vereinen und Jugendverbänden sollen in öffentlichen Einrichtungen, z. B. Schulen bekannt gemacht werden
- Ausbau der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit
- Öffnung städtischer Räumlichkeiten für Kinder- und Jugendarbeit
- Ausbau von Jugendzentren und Jugendtreffs

- Sozialpädagogische Angebote in Problemvierteln; verstärkte Integrationsarbeit

5. Seniorenpolitik

Die kommunale Seniorenpolitik ist stärker als bisher an den sich ändernden Bedürfnissen der älteren Menschen auszurichten, damit sich die Senioren in Hannover wohlfühlen können.

Wir fordern daher

- die Entwicklung eines "Senioren-Plans für Hannover", der alle Aspekte einer zukunftsgerichteten Seniorenpolitik und die dazugehörigen Maßnahmen zu ihrer Realisierung enthält.
- Wohnungen, die seniorengerecht gebaut und ausgestattet werden und die auch verkehrsgünstig liegen, damit kulturelle und andere Angebote leichter genutzt werden können,
- eine Straßengestaltung, die älteren Menschen die Benutzung des Autos erleichtert, und eine Fuß- und Radweggestaltung, die das Freihalten der Fußwege von Radverkehr sichert. Auch sind die Fußgänger-Überwege entsprechend zu sichern,
- mehr Beratung und Ausbau der häuslichen Pflege, damit die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können,
- Ausweitung der Beratung und der finanziellen Unterstützung von Wohnprojekten wie Mehrgenerationenhäusern, betreutes Wohnen und "Wohngemeinschaften für Senioren" usw.,
- Stärkung der Mitbestimmung der Seniorenbeiräte

6. Behindertenpolitik

Die CDA tritt dafür ein, allen Behinderten weitgehend ein Leben in Selbstbestimmung zu ermöglichen. Unser Ziel ist, dass Behinderte ein Leben wie Nichtbehinderte führen können. Spezielle Förderungen und Hilfsmöglichkeiten sind dafür zu schaffen.

Wir treten für den Abbau von Diskriminierung ein:

- Behinderte Kinder und Jugendliche sollen so weit wie möglich in ihren Familien aufwachsen und im gewohnten Umfeld leben.
- Wir wollen körperbehinderte und nichtbehinderte Kinder in Kindergärten oder Schulen gemeinsam erziehen. Dafür sind die baulichen Voraussetzungen zu schaffen.
- Wir setzen uns für eine verbesserte Integration Behinderter in den Berufsalltag ein.
- Wir setzen uns für einzelfallgerechte Angebote der ambulanten, teilstationären und stationären Behindertenhilfe ein. Für die CDA haben wohnortnahe, ambulante Betreuungsformen Vorrang vor Heimunterbringungen so weit dies möglich ist.
- Regelungen für den Behindertenfahrdienst in der Landeshauptstadt Hannover mit Ansprüchen auf Freifahrten für Mobilitätseingeschränkte
- Integration und Selbstbestimmung sollen durch einen Behindertenbeirat gestärkt werden. Behinderte Kinder sollten darin durch ihre Eltern vertreten werden.
- Die Teilhabe Körperbehinderter und Menschen mit eingeschränkter Mobilität am öffentlichen Leben soll durch den barrierefreien Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, Kultur- und Freizeiteinrichtungen erleichtert werden.

7. Gesundheitswesen

Eine ausreichende und ortsnahe ambulante und stationäre Grundversorgung ist ein MUSS!

Wir treten dafür ein, dass Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen ortsnahe und qualitativ hochwertige, differenzierte Angebote zur Verfügung stehen.

Deshalb fordern wir insbesondere:

- Die Weiterentwicklung von qualitativen Pflegestandards für die ambulante und die stationäre Versorgung
- den Ausbau gerontopsychiatrischer Angebote
- die Fortentwicklung bedarfsgerechter teilstationärer Angebote, möglichst in allen Stadtteilen.

Die strategischen Inhalte der Gesundheitszentren der Region Hannover heißen:

- Soviel stationäre Leistungen wie nötig.
- So kurze Wege wie möglich.
- Soviel ambulante Behandlung wie sinnvoll.
- Gesunde Konkurrenz untereinander, Streben nach Marktanteilen gegenüber den anderen.
- Betreuung pflegebedürftiger Patienten im Anschluss an den Krankenhausaufenthalt – sofern sinnvoll – in eigenen Einrichtungen.
- Ausbau der Kooperation mit anderen Kliniken und den niedergelassenen Ärzten.
- Diagnostikangebote im Vorfeld ambulanter oder stationärer Behandlung.

- Zusammenfassung von medizinischen Dienstleistungsbereichen und Standorten zur Stärkung der Leistungsfähigkeit und Konzentration der finanziellen Ressourcen.
- Intensivere Freisetzung des Rationalisierungspotentials durch Reorganisation der Betriebsabläufe anstatt Kostenbeschneidung durch allgemeine Verordnung von Personalabbau.

Die Sucht- und Drogengefährdung ist ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Zahl der Drogentoten ist in Hannover gesunken, aber der Alkohol- und Nikotin-Genuss, der insbesondere bei jungen Menschen immer früher zu beobachten ist, sowie der ungehemmte Umgang mit Aufputzmitteln, sind nicht hinnehmbar.

Wir fordern daher:

- mehr Aufklärung im Rahmen der Präventiv-Maßnahmen zur Bekämpfung der Suchtgefahren, insbesondere des Alkoholkonsums bei Jugendlichen.
- eine besser abgestimmte Suchtberatung sowie den verstärkte Einsatz von mobilen Beratern.
- Hilfe und Therapie statt Strafe für abhängige Kleinkonsumenten von Drogen.

8. Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)

Der öffentliche Personennahverkehr muss eine Konkurrenz zum Individualverkehr darstellen.

Sicherheit und Service

- Verbot des Alkoholkonsums in Bussen und Bahnen
- Verstärkter Einsatz von Sicherheits- und Servicekräften an den Stationen und in den Fahrzeugen
- Ausdehnung des Nacht-Taxi-Service auf die gesamte Bevölkerung
- Familienfreundliche Fahrpreise, insbesondere für Jugendliche

S-Bahn

- Bessere Verknüpfung von S-Bahn und Stadtbahn
- Bereitstellung eines an die gestiegene Nachfrage angepassten Platzangebotes im S-Bahn-Bereich

Stadtbahn

Oberste Priorität hat die Ausstattung sämtlicher Haltestellen mit barrierefreien und behindertengerechten Zugängen

- Beibehaltung des derzeitigen Taktgefüges mit der Bedienung aller wichtigen Linien in der Hauptverkehrszeit
- Erweiterung und Ausbau von Park-&-Ride-Plätzen an S-Bahn- und Stadtbahnstationen
- Vorbereitung von Neubaustrecken in Bereichen mit einer hohen Siedlungsdichte und Arbeitsplatzkonzentration, z. B. im Zuge der Sallstraße
- Vorbereitung von Verknüpfungstrecken zwischen benachbarten Streckenästen

Bus

- Abstimmung der Busfahrpläne mit Stadtbahn und S-Bahn
- Barrierefreien und behindertengerechten Busbahnhof

9. Migrationspolitik

Wirksame Integration kann nur über das Erlernen der deutschen Sprache erfolgen. Nur das Beherrschen der deutschen Sprache bietet Chancengleichheit in Schule und auf dem Arbeitsmarkt.

- Die Sprachförderung für Kinder muss sehr früh anfangen, mindestens drei Jahre vor der voraussichtlichen Einschulung.
- Ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Migrantinnen und Migranten, die sich bereits im Lande befinden, müssen Möglichkeiten haben nach ihren Bedürfnissen, in speziellen Deutschkursen, die deutsche Sprache zu erlernen.

Eine bevorzugte Einbürgerung sollte denjenigen Personen zugestanden werden, die ein Studium oder eine andere Ausbildung in Deutschland erfolgreich absolviert haben.

- Ferner müssen rechtliche Grundlagen für eine Verkürzung und Beschleunigung des Asylverfahrens geschaffen werden, um die Kommunen von unnötigen Kosten zu entlasten.

Unabhängig davon, sehen wir das Kommunalwahlrecht für EU-Bürger als einen Beitrag zur Integration in das gemeindliche und politische Leben.

Schlusswort

Mit diesem Kommunalwahlprogramm geben wir Ihnen einen Überblick über unsere Vorstellungen für Hannover. Es ist lediglich ein Auszug von unseren Vorstellungen und unserem politischen Engagement.

Politik kann Rahmenbedingungen für eine soziale und gerechte Ordnung schaffen. An der Gestaltung für eine soziale und gerechte Gesellschaft arbeitet die CDA aktiv mit.

Wir wollen Zukunft positiv gestalten!